

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis (einschließlich Literaturverzeichnis)	XV

Erster Teil. Beweisgrundsätze, Beweisantrag, Beweisverbote, Beweis im Wiederaufnahmeverfahren, Beweistransfer zwischen EU-Staaten

Erstes Kapitel. Beweisgrundsätze	1
I. Amtsermittlung	1
1. Bedeutung im Verfahren	2
2. Aufklärungspflicht	5
3. Streng- und Freibeweis	16
4. Absprachen („Verständigung“)	18
5. Revision	33
II. Mündlichkeit und Unmittelbarkeit	38
1. Struktur des Verfahrens	38
2. Funktionsfähigkeit richterlich Amtierender; Erkenntnisse der Haupt- verhandlung	40
3. Durchbrechungen	45
III. Beweiswürdigung	48
1. Vorbemerkung	48
2. Richterliche Überzeugung	50
3. Kriterien der Beweiswürdigung	54
IV. in dubio pro reo	64
1. Tragweite	64
2. Anwendungsbereich	65
3. Revision	69
Zweites Kapitel. Beweisantrag	71
I. Voraussetzungen, Abgrenzungen und besondere Ausgestaltungen	71
1. Voraussetzungen	71
2. Abgrenzungen von Beweiserbieten bzw. Beweisermittlungsantrag	79
3. Bedingter Beweisantrag	81
II. Antragstellung	83
1. Antragsberechtigung (einschließlich etwaigen Missbrauchs)	83
2. Form und Zeitpunkt	86
3. Fürsorgepflicht	89
4. Rücknahme, Verzicht	90
5. Protokollierung	90
III. Bescheidung des Antrags	91
1. Auslegung	91
2. Zuständigkeit	92
	VII

3. Begründung ablehnender Entscheidung	92
4. Zeitpunkt der Bekanntgabe, Änderung der Entscheidung	93
IV. Ablehnung des Antrags	94
1. Gesetzssystematische Vorgaben	95
2. Verbot der Beweisantizipation	95
3. Unzulässigkeit der Beweiserhebung	97
4. Ablehnungsgründe des § 244 Abs 3 S 2	98
5. Ablehnung des Sachverständigenbeweises	115
6. Antrag auf Augenscheinnahme, auf Beweis mit Auslandszeugen sowie auf Verlesung des Ausgangsdokuments	119
V. Beweis Antrag bei präsenten Beweismitteln	122
1. Umfang der Beweisaufnahme nach § 245 Abs 1	122
2. Beweis Antrag und Ablehnungsgründe nach § 245 Abs 2	126
VI. Revision	128
1. Rügeberechtigung	129
2. Rügevortrag	130
3. Revisionsgerichtliche Prüfung	133
Drittes Kapitel. Beweisverbote	139
I. Funktion und zur Systematik	139
1. Verhältnis zur Wahrheitserforschung	139
2. Zur Systematik	140
II. Beweiserhebungsverbote	142
1. Zuordnung	142
2. Beweisthemaverbote	142
3. Beweismethodenverbote	144
4. Beweismittelverbote	145
III. Beweisverwertungsverbote	147
1. Wirkungen	148
2. Gesetzliche Regelungen	149
3. Sonstige Verwertungsverbote	154
4. Rechtswidrige Erlangung von Beweismitteln durch Private	169
5. Fernwirkung, hypothetische Ermittlungsverläufe	171
6. Verwertung nicht rechtskräftig abgeurteilter (mutmaßlicher) Straftaten .	174
7. Prozessuale Geltendmachung	178
Viertes Kapitel. Beweis bei Wiederaufnahme eines (durch rechtskräfti-	
ges Urteil abgeschlossenen) Verfahrens	181
I. Systematische Bedeutung	181
1. Verhältnis zu materieller Wahrheit	181
2. Zum Anwendungsbereich	184
II. Beigebrachte neue Tatsachen bzw Beweismittel	185
1. Neuheit	185
2. Geeignetheit	190
III. Zulässigkeits- und Begründetheitsprüfung	193
1. Methodologisches	193
2. Kriterien	195
3. Rechtstatsächliches	196

Fünftes Kapitel. Beweistransfer zwischen EU-Staaten	198
I. Verkehrsfähigkeit von Beweisen	198
1. Anzuwendendes Strafverfahrensrecht	198
2. Grundsatz gegenseitiger Anerkennung	199
II. Europäische Ermittlungsanordnung (EEA)	200
1. Anwendungsbereich und Zielsetzung	200
2. Gegenseitige (Nicht-)Anerkennung	202
3. Einzelne spezielle Ermittlungsmaßnahmen	206
4. Verwertungsverbote	208
5. Rechtsschutz	209
III. Einzelne sonstige Maßnahmen	212
1. Zugriff auf Computerdaten	212
2. Gemeinsame Ermittlungsgruppen, Observation	213

Zweiter Teil. Beschuldigter

Erstes Kapitel. Beschuldigter (Vorverfahren)	217
I. Grundlagen	217
1. Tragweite des Vorverfahrens	218
2. Rechtsstellung des Beschuldigten	223
3. Recht, sich des Beistandes eines Verteidigers zu bedienen (§ 137)	228
4. Anwesenheit sonstiger Personen bei der Beschuldigtenvernehmung	233
5. Beschuldigte, die der deutschen Sprache nicht mächtig, hör- oder sprachbehindert sind	233
II. (Verantwortliche) Beschuldigtenvernehmung	237
1. Vorbereitung und Beginn der Vernehmung; Aussagefreiheit und Verhältnis zur Wahrheit	238
2. Beweisanztragsrecht	244
3. Belehrungspflicht	246
4. Vernehmung zur Sache, Vernehmungstechnik	255
III. Verbotene Vernehmungsmethoden	271
1. Bedeutung und Zweck des § 136a	273
2. Anwendungsbereich	274
3. Beeinträchtigung der Willensentschließung und -betätigung, des Erinnerungsvermögens und der Einsichtsfähigkeit	278
4. Beispiele unzulässiger körperlich wirksamer Beeinträchtigungen	279
5. Beispiele unzulässiger seelisch-geistiger Einwirkungen	283
6. Unbeachtlichkeit der Einwilligung	301
7. Feststellung des Verfahrensverstosses	302
8. Verwertungsverbot	304
9. Revision	307
IV. Würdigung des Ergebnisses der Beschuldigtenvernehmung	308
1. Würdigung durch den Vernehmenden unter besonderer Berücksichtigung eines Geständnisses	308
2. Würdigung durch die Staatsanwaltschaft	315
3. Würdigung durch das Gericht, rechtliches Gehör	319
V. Gerichtliche Vernehmung bei Untersuchungshaft	319
1. Durchführung	319

2. Akteneinsichtsrecht	322
3. Beweisantragsrecht des Beschuldigten	323
4. Prüfung des Tatverdachts nach Verkündung eines tatgerichtlichen Urteils	324
Zweites Kapitel. Angeschuldigter (Zwischenverfahren)	325
I. Zusammenhänge zwischen Anklageschrift und Eröffnungsbeschluss	325
1. Verhältnis zwischen Staatsanwaltschaft und Gericht	325
2. Gerichtliche Prüfungspflicht	328
3. Institutionelle Einschränkungen	329
II. Vernehmung	331
1. Beweisaufnahme im Eröffnungsverfahren	331
2. Zuständigkeit für die Beweiserhebung	332
3. Dokumentation der Vernehmung	332
4. Beweiserhebung und rechtliches Gehör	333
Drittes Kapitel. Angeklagter (Hauptverfahren)	334
I. Allgemeine Rechte und Pflichten des Angeklagten	334
1. Anwesenheit des Angeklagten in der Hauptverhandlung	335
2. Rechte bei sprachbedingten Verständigungsschwierigkeiten	361
3. Frage- und Erklärungsrecht des Angeklagten	362
4. Das letzte Wort	371
II. Durchführung der Vernehmung	375
1. Pflicht zu Angaben über persönliche Verhältnisse	376
2. Verlesung des Anklagesatzes; Funktion der Vernehmung	378
3. Aussagefreiheit	381
4. Zur Vernehmungsgestaltung	385
III. Mittelbare Verwertbarkeit früherer Aussagen des Angeklagten	391
1. Verlesung richterlicher Protokolle gemäß § 254	392
2. Formloser Vorhalt	395
3. Vernehmung der vormaligen (nichtrichterlichen) Verhörsperson in der Hauptverhandlung	398
IV. Beweiswürdigung der Aussage bzw des Schweigens des Angeklagten	400
1. Erörterung der Aussage im Urteil	401
2. Erörterung des Schweigens im Urteil	406
3. Zusammenhänge verfehler Würdigung	411
Viertes Kapitel. Mitbeschuldigter und Mitangeklagter	417
I. Der Mitbeschuldigte als Zeuge	417
1. (Un-)Zulässigkeit von Aussagen als Zeuge	417
2. Verfahrenstrennung	419
3. (Nicht-)Verwertbarkeit	420
II. Kronzeugenregelungen	423
1. Rechtssystematische Einwände	423
2. § 46b StGB	424
3. § 31 BtMG	426
4. Bei Bildung krimineller bzw. terroristischer Vereinigung	427

Dritter Teil. Zeuge

Erstes Kapitel. Voraussetzungen und Gestaltung der Zeugenvernehmung	429
I. Begriff des Zeugen und Abgrenzung von anderen Verfahrensbeteiligten	429
1. Zeuge und Zeugnisfähigkeit	430
2. Gegenstand der Aussage	431
3. Abgrenzung des Zeugen von anderen persönlichen Beweismitteln	432
4. (Nicht-)Vereinbarkeit der Funktion des Zeugen mit Funktionen sonstiger Verfahrensbeteiligter	432
5. Der Zeuge vom Hörensagen	440
6. Verdeckte Ermittler, V-Personen	443
II. Allgemeine Pflichten und Rechte des Zeugen	456
1. Erscheinspflicht und ihre Durchsetzung	459
2. Aussagepflicht und ihre Durchsetzung	469
3. Auskunftsverweigerungsrecht	478
4. Beeidigung	486
5. Nebenpflichten	500
6. Zeugenentschädigung	505
III. Zeugnisverweigerungsrechte bestimmter Personen	507
1. Aus persönlichen Gründen (§ 52)	509
2. Aus beruflichen Gründen (§§ 53, 53a)	518
3. Aus beamtenrechtlichen Gründen (§ 54)	527
4. Zur Verwertbarkeit früherer Angaben eines in der Hauptverhandlung von dem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machenden Zeugen (§ 252)	531
5. Revision	537
IV. Durchführung der Vernehmung	539
1. Strafprozessuale Regelungen	540
2. Vernehmungsgestaltung	556
3. Revision	578
Zweites Kapitel. Aussagewürdigung	582
I. Aussagefähigkeit	582
1. Einschränkungen	583
2. Wahrnehmung	586
3. Beeinträchtigungen des Gedächtnisses	590
4. Personenidentifizierung	595
5. Kinder, Alternde, Personen mit psychischer Beeinträchtigung	609
II. Glaubhaftigkeit der Aussage	618
1. Allgemeines	619
2. Prüfmerkmale zur (Nicht-)Glaubhaftigkeitsbeurteilung	623
3. Aussagemotiv bzw -motivation	635
4. Begleiterscheinungen der Aussage	641
5. Beurteilungsvorgang	644
III. Revision	647
1. Allgemeine Grundsätze	648
	XI

2. Beurteilung der Aussagefähigkeit	649
3. Beurteilung der Glaubhaftigkeit	653

Vierter Teil. Sachverständiger

Erstes Kapitel. Voraussetzungen und Gestaltung der Tätigkeit	661
I. Begriff und Stellung des Sachverständigen	661
1. Aufgaben	661
2. Abgrenzung zum Zeugen, zum sachkundigen Zeugen, zum Augen- scheinsgehilfen und zum Dolmetscher bzw Übersetzer	665
II. Auswahl sowie Ablehnung eines Sachverständigen	669
1. Auswahl	670
2. Ablehnung	685
III. Pflichten und Rechte des Sachverständigen	696
1. Pflichten und ihre Durchsetzung	697
2. Rechte	705
3. Vereidigung	709
IV. Leitung des Sachverständigen und Würdigung des Gutachtens	712
1. Leitung des Sachverständigen	712
2. Entscheidungsbezogene Würdigung des Gutachtens	715
Zweites Kapitel. Untersuchungen (überwiegend) personenbezogener Art	729
I. Körperliche Untersuchung	729
1. Untersuchung des Beschuldigten	731
2. Untersuchung anderer Personen	747
3. Verletzung des Schamgefühls	759
4. DNA-Analyse	760
II. Untersuchung bei Unterbringung zur Beobachtung und im Sicherungsver- fahren	773
1. Unterbringung zur Beobachtung	773
2. Sicherungsverfahren	782
III. Untersuchung der Schuldfähigkeit	783
1. Psychische Krankheiten und Störungen mit Relevanz für die Schuld- fähigkeit (§§ 20, 21 StGB)	785
2. Erstellung und Erstattung des Gutachtens zur Schuldfähigkeit	828
IV. Untersuchung der „Gefährlichkeit“	835
1. Maßregeln gemäß §§ 63–66b StGB	836
2. Heranziehung eines Sachverständigen	857
3. Einstweilige Unterbringung gemäß § 126a	861
4. Aussetzung der Vollstreckung	864
V. Untersuchung der „rauschbedingten“ Nicht-Fahrsicherheit bzw der Unge- eignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen	874
1. „Rauschbedingte“ Nicht-Fahrsicherheit	875
2. Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen	883
VI. Glaubhaftigkeits- (und Glaubwürdigkeits-)Untersuchung	888
1. Anwendungsbereich, Methoden und verfahrensrechtliche Kontrolle	889

2. Zur Durchführung der Untersuchung	897
3. Beurteilung von persönlichkeitsbezogenen Merkmalen und Einflüssen	899
4. Beurteilung der Glaubhaftigkeit der Aussage	903
VII. Verfahren zur kriminalistischen Identifizierung	907
1. Rasterabgleich	907
2. Operative Fallanalyse	908
Drittes Kapitel. Untersuchungen (überwiegend) sächlicher Art	912
I. Spurenuntersuchung	912
1. Sachverständiger	913
2. Organische Spuren (insbesondere vom Menschen)	915
3. Sonstige organische Spuren	929
4. Anorganische Materials Spuren	932
5. Ab- und Eindruckspuren	941
6. Brand- und Explosionsspuren	946
7. Digitale Dateien und Magnetspuren	950
8. Fahrzeugelektronik	955
9. Verwertung im Strafverfahren	956
II. Leichenschau und Leichenöffnung (einschließlich Verdacht einer Vergiftung)	958
1. Erforderlichkeit und Beschleunigung; Abgrenzung Selbst- von Fremdtötung	959
2. Leichenschau	962
3. Leichenöffnung	963
4. Ergänzendes zu Leichenschau und Leichenöffnung	967
5. Untersuchung bei Verdacht einer Vergiftung	968
III. Bild-, Schrift- und Sprachuntersuchung	969
1. Bild- und Bewegungsbilduntersuchung	969
2. Schriftuntersuchung	972
3. Forensisch-linguistischer Text- bzw Sprachvergleich	980

Fünfter Teil. Sachliche Beweismittel

Erstes Kapitel. Urkunden	991
I. Begriff und Beweisvoraussetzungen	991
1. Begriff	991
2. Voraussetzungen des Urkundenbeweises	995
II. Form des Urkundenbeweises	995
1. Verlesung gemäß § 249 Abs 1 S 1	996
2. Das Selbstleseverfahren gemäß § 249 Abs 2	997
3. Bericht des Vorsitzenden als Verlesungersatz	1001
4. Vorhalt	1002
5. Revision	1004
III. Verlesungsverbot des § 250 und gesetzliche Durchbrechungen	1007
1. Grundsätzliche Bedeutung und Ausnahmen	1009
2. Unzulässigkeit der Verlesung gemäß § 250	1011
3. Ausnahmen zum Verlesungsverbot gemäß § 251	1015
4. Protokollverlesung zur Gedächtnisunterstützung nach § 253	1029

5. Verlesung von Behördengutachten nach § 256 Abs 1	1032
6. Urkundenbeweis in der Berufungsverhandlung	1039
Zweites Kapitel. Augenschein	1043
I. Begriff und Bedeutung	1043
1. Augenscheinsbeweis; Abgrenzung zu informatorischer Besichtigung	1043
2. Funktion des Augenscheinsbeweises	1044
II. Richterlicher Augenschein	1045
1. Richterliche Inaugenscheinnahme	1045
2. Entscheidung über die Beweiserhebung	1046
3. Verfahren	1049
4. Revision	1053
III. Nichtrichterlicher Augenschein	1057
1. Inaugenscheinnahme als Teil des Sachverständigenbeweises	1058
2. Augenscheinsgehilfe	1058
3. Nichtrichterliche Besichtigungen der Strafverfolgungsorgane ohne Be- auftragung	1062
IV. Einzelne Augenscheinsobjekte	1062
1. Taugliche Objekte	1063
2. Tonträger	1064
3. Filme, Lichtbilder und andere bildliche Darstellungen	1070
4. Pläne und Modelle	1072
5. Personen	1072
6. Urkunden und technische Aufzeichnungen	1074
Drittes Kapitel. Beschaffung	1076
I. Beschlagnahme	1076
1. Voraussetzungen	1078
2. Verbote	1084
3. Zuständigkeit, gerichtliche Kontrolle	1101
4. Verwertungsverbote	1105
5. Revision	1106
6. Postbeschlagnahme	1106
II. Durchsuchung	1113
1. Voraussetzungen	1114
2. Durchsuchung bei der verdächtigen Person bzw bei anderen Personen .	1123
3. Durchsuchungsgestaltung	1128
4. Beschlagnahme von Zufallsfunden; Durchsicht von Papieren und elekt- ronischen Speichermedien	1132
5. Zuständigkeit; Beschwerde	1138
6. Verwertungsverbote	1143
III. Einzelne verdeckte Maßnahmen	1146
1. Bereich der Telekommunikation (§ 100g, § 100j, § 100a, § 100i)	1148
2. Einsatz technischer Mittel (§§ 100c, 100f, 100h; § 100b)	1176
3. Benachrichtigung und Rechtsbehelfe; Löschung	1194
Gesetzesverzeichnis	1199
Sachverzeichnis	1229